

LRH-Bericht zum Personalbedarf an Schulen:

Interessante Denkanstöße, aber: Pädagogik muss Vorrang haben

Zum heute vorgestellten Bericht des Landesrechnungshofes „Maßnahmen zur Deckung des Personalbedarfs an öffentlichen Schulen“ erklärt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Monika Heinold**:

Der Landesrechnungshof zeigt erneut auf, wie schwierig die Situation der Unterrichtsversorgung in unserem Land ist und wo Defizite liegen.

Zum Teil sind die Vorschläge nicht neu. An unseren zu seinem letzten Bericht zur Unterrichtsversorgung geäußerten Positionen halten wir fest: Im Interesse einer qualifizierten Ausbildung unserer Kinder müssen die LehrerInnen ausreichend Zeit haben, sich der einzelnen SchülerInnen widmen zu können. Deshalb lehnen wir erneut die Forderung ab, mehr Unterricht durch Vergrößerung der Klassen zu erzielen. PädagogInnen wissen, dass in kleineren Klassen in kürzerer Zeit mehr und effektiver gelernt wird. Wir empfehlen Dr. Korthals ein Praktikum in einer Grund- oder Hauptschulklasse, damit er sich einmal in die Realität eines Schulalltages und der Lernsituation hineinversetzen kann.

Ebenso hat bei der Auswahl der Schulstandorte im Interesse unserer Kinder die Sicherung kurzer Schulwege Vorrang vor rein wirtschaftlichen Überlegungen.

Trotzdem erkennen wir an, dass diese Stellungnahme des Landesrechnungshofes differenzierter ist als seine offenbar vom Landtagswahlkampf beeinflusste letzte zu diesem Thema. Anstelle eines pauschalen Rufes nach mehr Personal zeigt sie unterschiedliche Möglichkeiten auf, wie das Land die Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein mit vorhandenen Mitteln umgestalten könnte. Wir werden uns intensiv mit diesen Vorschlägen beschäftigen, die zum Teil mit den Forderungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übereinstimmen. So will auch meine Fraktion „Geld statt Stellen“ – vor allem für die von LehrerInnen geleisteten Aufgaben außerhalb des Unterrichtes, für welche zur Zeit Abordnungen angeordnet und Freistellungen gewährt werden. Ebenso haben wir uns bereits seit langem für eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes durch eine bessere Verzahnung von Studium und Referendariat ausgesprochen.

Insoweit sind die Denkanstöße des Berichtes durchaus hilfreich zur Bewältigung der schwierigen Situation im Bildungsbereich, trotz der extrem angespannten Haushaltslage des Landes

- bei steigenden Schülerzahlen die Unterrichtsversorgung zu sichern
- Tarifsteigerungen zu finanzieren
- den Einstieg in die Ganztagsbetreuung zu schaffen
- eine bedarfsgerechte und innovative Hochschullandschaft zu erhalten und auszubauen

Die rot-grüne Landesregierung hat bisher diesen Spagat geschafft. Auch weiterhin wird die Bildungspolitik eine zentrale Aufgabe des Landes und damit ein Schwerpunkt unserer Fraktionsarbeit bleiben.
